

# Inhaltlicher Antrag

**Initiator\*innen:** Landesvorstand der Jusos Sachsen (dort beschlossen am: 28.03.2026)

**Titel:** Der Sparkurs ist politisch, auch in Sachsen!

*Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen und an den Landesparteitag der SPD Sachsen weiterleiten:*

## Antragstext

1 Kürzungen im sozialen Bereich, bei Demokratieprojekten und öffentlicher  
2 Infrastruktur sind kein Ausdruck „leerer Kassen“, sondern Ergebnis einer  
3 Prioritätensetzung, die gesellschaftliche Ungleichheit weiter verschärft.

4 Auch in Sachsen wird diese Argumentation aktuell genutzt. Ein Haushaltsdefizit  
5 in Milliardenhöhe trifft auf eine besonders restriktive Schuldenbremse, die die  
6 finanziellen Spielräume des Landes stark begrenzt und kurzfristige politische  
7 Handlungsmöglichkeiten einschränkt. Eine grundlegende Veränderung dieser  
8 Rahmenbedingungen ist unter den bestehenden Mehrheitsverhältnissen im Landtag  
9 nur unter sehr hohen politischen Hürden möglich.

10 Austerität bedeutet dabei nicht, dass der Staat insgesamt weniger ausgibt.  
11 Vielmehr entscheidet sie darüber, wofür öffentliche Mittel eingesetzt werden und  
12 für wen. Während bei sozialer Infrastruktur, Bildung, Jugend und demokratischer  
13 Teilhabe gekürzt wird, bleiben andere Ausgaben unangetastet oder werden sogar  
14 ausgeweitet. Staatliches Handeln wird so gezielt zugunsten wirtschaftlicher und  
15 finanzieller Interessen verschoben.

16 Diese Politik wird durch das Narrativ vermeintlicher Sachzwänge legitimiert. Die  
17 Vorstellung, öffentliche Haushalte müssten sich wie private Haushalte verhalten,  
18 entpolitisiert zentrale Verteilungsfragen und entzieht sie demokratischer

19 Auseinandersetzung. Tatsächlich sind die finanziellen Spielräume des Staates  
20 politisch bestimmt und jederzeit veränderbar.  
21 Das zeigt sich besonders deutlich an den aktuellen finanzpolitischen  
22 Entscheidungen auf Bundesebene und wirft ein Schlaglicht auf die  
23 Widersprüchlichkeit der Debatte auch in Sachsen: Während die Schuldenbremse für  
24 bestimmte Ausgaben ausgesetzt und milliardenschwere Sondervermögen geschaffen  
25 werden, wird gleichzeitig an anderer Stelle auf Kürzungen gedrängt. Die Frage  
26 ist also nicht, ob öffentliche Mittel vorhanden sind, sondern wofür sie  
27 eingesetzt werden.

28 Die Folgen dieser Politik sind gravierend. Der Rückzug des Staates aus zentralen  
29 Bereichen der Daseinsvorsorge hat bereits in den vergangenen Jahrzehnten zu  
30 massiven strukturellen Defiziten geführt. Privatisierung, Unterfinanzierung und  
31 die Orientierung an betriebswirtschaftlichen Logiken haben die Versorgung  
32 verschlechtert und soziale Ungleichheit verstärkt und damit den gesellschaftlich  
33 erarbeiteten Wohlstand zunehmend von den Vielen zu den wenigen Besitzenden  
34 verschoben.

35 Gleichzeitig untergräbt diese Entwicklung die demokratische Stabilität der  
36 Gesellschaft. Wachsende Ungleichheit führt zu politischer Entfremdung und  
37 schwächt das Vertrauen in demokratische Institutionen. Eine Gesellschaft, in der  
38 immer mehr Menschen das Gefühl haben, keinen Einfluss auf ihre Lebensbedingungen  
39 zu haben, verliert ihre demokratische Grundlage.  
40 Austerität ist damit nicht nur sozial ungerecht, sondern auch  
41 demokratieschädlich. Sie entzieht der öffentlichen Hand die Mittel, um  
42 gesellschaftliche Teilhabe zu sichern, und verstärkt gleichzeitig die  
43 Machtkonzentration bei wenigen.

44 Auch die Sozialdemokratie steht in diesem Kontext in der Verantwortung. Die  
45 Übernahme neoliberaler Politikansätze hat in den vergangenen Jahrzehnten zu  
46 einem erheblichen Vertrauensverlust geführt. Eine Politik, die Kürzungen  
47 mitträgt, obwohl sie deren gesellschaftliche Folgen kennt, steht im Widerspruch  
48 zu ihrem eigenen Anspruch, für soziale Gerechtigkeit und demokratische Teilhabe  
49 einzutreten.

50 Auch in Sachsen ist das Haushaltsdefizit kein neutraler Sachverhalt, der  
51 zwangsläufig zu Kürzungen führen muss. Es ist Teil eines politisch gesetzten  
52 Rahmens, der bestimmte Handlungsmöglichkeiten erschwert, aber keine bestimmte  
53 politische Antwort vorgibt.

54 In einer Minderheitsregierung besteht kein Zwang zur politischen Anpassung,  
55 sondern ein erhöhter Bedarf an klarer Positionierung. Wo Mehrheiten organisiert  
56 werden müssen, wird sichtbar, ob politische Akteur\*innen bereit sind, für  
57 soziale Prioritäten zu kämpfen oder Kürzungspolitik mitzutragen.

58 Die aktuelle Haushaltspolitik ist Ausdruck politischer Prioritäten. Und genau  
59 diese Prioritäten müssen grundlegend verändert werden.

## 60 **Für eine progressive und zukunftsfähige Finanzpolitik**

61 Aus der Analyse ergibt sich für uns ein klares Verständnis von Finanzpolitik:  
62 Öffentliche Haushalte sind ein zentrales Instrument demokratischer Gestaltung  
63 und entscheiden darüber, wie gesellschaftlicher Wohlstand geschaffen, verteilt  
64 und gesichert wird.

65 Eine solidarische Finanzpolitik orientiert sich daher nicht an der Begrenzung  
66 staatlicher Ausgaben, sondern an den gesellschaftlichen Herausforderungen  
67 unserer Zeit. Sie schafft die Voraussetzungen für sozialen Zusammenhalt,  
68 demokratische Stabilität und eine erfolgreiche sozial-ökologische  
69 Transformation.

70 Daraus leiten wir folgende Grundprinzipien ab:

### 71 **Investieren statt kürzen.**

72 Öffentliche Investitionen sind keine Belastung, sondern die Grundlage für  
73 wirtschaftliche Entwicklung, gesellschaftlichen Fortschritt und ökologische  
74 Transformation. Unterlassene Investitionen gefährden langfristig Wohlstand,  
75 soziale Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit.

### 76 **Umverteilung statt wachsender Ungleichheit.**

77 Der gesellschaftlich erarbeitete Wohlstand ist ungleich verteilt. Eine gerechte  
78 Finanzpolitik sorgt dafür, dass hohe Vermögen und Kapitaleinkommen stärker zur  
79 Finanzierung des Gemeinwesens beitragen, während kleine und mittlere Einkommen  
80 entlastet werden.

### 81 **Daseinsvorsorge stärken statt dem Markt überlassen.**

82 Zentrale Bereiche wie Bildung, Gesundheit, Wohnen, Mobilität und soziale  
83 Infrastruktur dürfen nicht nach Profitlogiken organisiert werden. Sie sind Teil  
84 der öffentlichen Daseinsvorsorge und müssen verlässlich, zugänglich und  
85 demokratisch gestaltet werden.

### 86 **Demokratie sichern statt Teilhabe abzubauen.**

87 Soziale Sicherheit und öffentliche Infrastruktur sind Voraussetzungen  
88 demokratischer Teilhabe. Eine Finanzpolitik, die hier kürzt, gefährdet die  
89 Grundlagen unserer Demokratie. Eine progressive Finanzpolitik stärkt daher  
90 gezielt jene Bereiche, die gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen.

91 Dieses Leitbild steht im klaren Gegensatz zu einer Politik der Austerität.

92 Während Austerität gesellschaftliche Ungleichheit vertieft und demokratische  
93 Handlungsspielräume einschränkt, zielt eine progressive Finanzpolitik darauf ab,  
94 die wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen einer solidarischen Gesellschaft  
95 aktiv zu gestalten.

## **Begründung**

Erfolgt mündlich.